

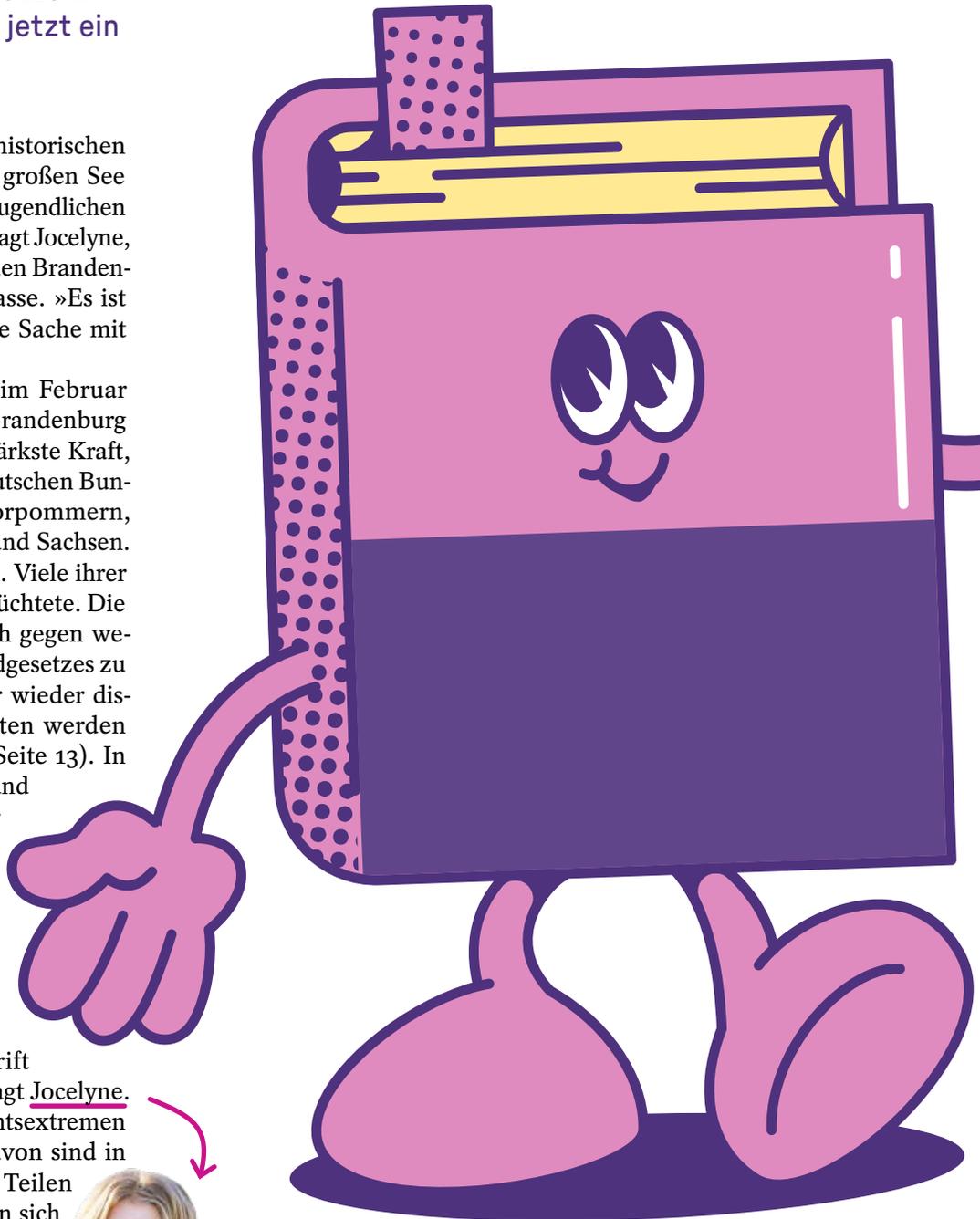
Ein Buch

Im brandenburgischen Senftenberg hat die rechtsextreme Partei AfD viele Anhänger, auch unter jungen Menschen. Doch es gibt auch die anderen – **Jugendliche, die sich gegen rechts einsetzen.** Einige von ihnen haben jetzt ein Buch veröffentlicht.

Senftenberg hat einen historischen Marktplatz und einen großen See mit Sandstrand. »Die Jugendlichen treffen sich gern am Wasser«, sagt Jocelyne, 17. Sie lebt in der Stadt im Süden Brandenburgs und geht in die 11. Klasse. »Es ist schön hier. Wäre da nicht die Sache mit der AfD.«

Bei der Bundestagswahl im Februar wählten viele Menschen in Brandenburg die AfD. Die Partei wurde stärkste Kraft, ebenso in den anderen ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die AfD gilt als rechtsextrem. Viele ihrer Mitglieder hetzen gegen Geflüchtete. Die Partei steht im Verdacht, sich gegen wesentliche Elemente des Grundgesetzes zu richten. Deshalb wird immer wieder diskutiert, ob die Partei verboten werden sollte (mehr dazu steht auf Seite 13). In Senftenberg erhielt die AfD rund 40 Prozent der Stimmen – vier von zehn Wählenden entschieden sich also für sie.

»Überall in der Stadt tauchen Schmierereien und Sticker mit problematischen Inhalten auf. Neulich habe ich bei McDonald's einen Aufkleber mit der Aufschrift ›Ausländer raus< gesehen«, sagt Jocelyne. Die Sticker stammen von rechtsextremen Gruppierungen. Mehrere davon sind in Brandenburg und weiteren Teilen Deutschlands aktiv. Sie stellen sich gegen Einwanderer, Juden, Muslime, Schwule, Lesben und transgeschlechtliche Personen und meinen, dass





rechts



Sie sind die Mehrheit: Die Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Engels-Gymnasiums haben aufgeschrieben, was sie erlebt haben. Hass und Hetze sollten keinen Platz in ihrer Stadt haben, finden sie.



manche Menschen mehr wert seien als andere.

Einige Jugendliche aus der Umgebung hätten sich zusammengeschlossen, um Sticker mit solchen Sprüchen zu entfernen, erzählt Jocelyne. Kurz darauf habe sich eine Nachricht im Briefkasten eines Schülers gefunden, der mitgemacht hatte. Darin habe gestanden, sie sollten solche Aktionen unterlassen. Wer den Brief geschickt hat, ist nicht klar. »So etwas macht mir Angst. Gleichzeitig bin ich wütend«, sagt Jocelyne.

Auch an Jocelynes Schule sind die rechtsextremen Gruppen ein Thema. Einige Jugendliche trugen dort Kleidung von Marken, die als Erkennungszeichen in der Szene dienen. Manche Kleidungsstücke



zeigen Runen und Begriffe, die an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern. Runen sind alte germanische Schriftzeichen. Als die Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 an der Macht waren, nutzten sie diese Schrift jedoch für ihre Zwecke. Die Nationalsozialisten mit ihrem Anführer Adolf Hitler ermordeten Millionen Menschen in Konzentrationslagern, vor allem Jüdinnen und Juden, und überfielen andere Länder.

»Wir haben beschlossen, das Tragen solcher Marken auf dem Schulgelände zu verbieten«, sagt Anne-Christin Wegner, 35. Sie ist Geschichts- und Englischlehrerin am Friedrich-Engels-Gymnasium in Senftenberg, das Jocelyne besucht. Anne-Christin Wegner überlegte, wie sie das Thema Rechtsextremismus mit den Jugendlichen angehen könnte: »Im

Geschichtsunterricht habe ich mit meiner Klasse zusammen das Wahlprogramm der AfD gelesen. So konnten sich die Schülerinnen und Schüler eine eigene Meinung bilden und darüber diskutieren, was sie davon hal-



→ ten«, erzählt Wegner. »Ich hatte den Eindruck, dass einige gar nicht genau darüber informiert waren, wofür die AfD eigentlich steht«, sagt die Lehrerin. »Viele kennen die Partei hauptsächlich von TikTok.« Auf TikTok verbreiten sich die Inhalte der AfD besonders stark, zugespitzt in kurzen Videos. Die Partei schafft es, dort viele junge Menschen zu erreichen. Nach der Coronapandemie, in Zeiten von Kriegen und steigenden Preisen haben viele Angst davor, in Zukunft weniger Geld oder schlechtere Chancen im Berufsleben zu haben. Die AfD nutzt diese Ängste für sich, gibt einfache Antworten und benennt vermeintlich Schuldige.

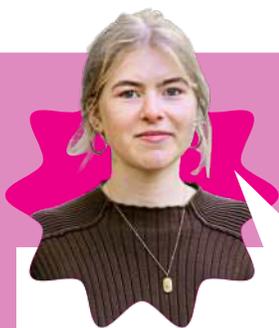
»Es gibt an der Schule natürlich einige, die diese Inhalte gut finden«, sagt Anne-Christin Wegner, »aber deutlich mehr, die sich gegen Hass und Rassismus stellen. Die Stadt sollte nicht so wahrgenommen werden, als gäbe es dort nur AfD-Anhänger, denn wir anderen sind die Mehrheit«, sagt die Lehrerin. »Man darf nicht vergessen: 60 Prozent der Menschen haben die AfD nicht gewählt.«

Um sich gegen rechtsextreme Positionen zu stellen, veröffentlichten 27 Schülerinnen und Schüler unter der Leitung von Dona Kujacinski im Mai das Buch »#Für Demokratie Gegen Extremismus«. Die Autorin und Journalistin schreibt für das Bildungs-

ministerium in Brandenburg und hatte die Idee zu dem Projekt. Sie hatte zuvor schon mit der Schule zusammengearbeitet.

Die 16- bis 18-Jährigen schrieben mehrere Monate an ihren Texten und nahmen an drei Workshops teil, auch Jocelyne. »Vielleicht kann das Buch dazu beitragen, dass Leute, die bisher nicht so fest in rechten Gedanken stecken, noch mal darüber nachdenken. Ich wünsche mir für unsere Stadt, dass rechtsextreme Sprüche und Einstellungen weniger werden. Und dass alle Menschen – egal woher sie kommen oder wen sie lieben – hier in Ruhe und ohne Angst leben können.«

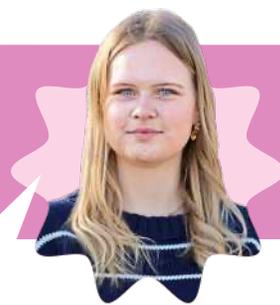
Antonia Bauer



Auszüge aus dem Buch »#Für Demokratie Gegen Extremismus«:

Hannah, 18

»Ich will mich nicht daran gewöhnen, Angst vor den Ergebnissen der nächsten Wahl zu haben. Ich will mich nicht daran gewöhnen, wie Parteien öffentlich Hass auf andere Menschengruppen verbreiten. Ich will mich nicht daran gewöhnen, Angst um meine Zukunft und unsere Demokratie zu haben. All das sind Ängste, welche ich als Jugendliche nicht haben sollte. Ich sollte mir darum Gedanken machen, welchen Studiengang ich wähle, ob ich ein Auslandsjahr mache oder wie ich meine erste eigene Wohnung einrichte. Stattdessen wächst bei mir und vielen die Angst. Mir ist Demokratie wichtig, weil ich mitbestimmen möchte, wer unser Land wie regiert. Für mich heißt Demokratie auch, dass ich Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit habe und selbstbestimmt leben kann. Deswegen will ich allen sagen: Sei laut, nutze deine Stimme, engagiere dich, und vor allem zeige Courage und Empathie deinen Mitmenschen gegenüber.«



Lena Theres, 16

Im vorletzten Jahr besuchte ich eine Feier von Bekannten. In einem Gespräch bezeichnete sich ein Junge dort, ungefähr 17, als Nazi. Ohne zu zögern, hob er den rechten Arm und deutete den Hitlergruß an. Ich war geschockt und fragte ihn schließlich, was er denn vom »Dritten Reich« denken würde. Seine Antwort war beunruhigend eindeutig: »Es sollte genau so wieder geschehen.« Als ich nachhakte, konnte er kaum eine ordentliche Antwort geben, was im Nationalsozialismus geschah. Seine Aussage wirkte inhaltslos, einfach wie etwas, das er aufgeschnappt hatte. Alle anderen Jugendlichen schienen die Meinung zu vertreten. Sie äußerten Parolen wie »Scheiß Ausländer« oder »Deutschland soll wieder deutsch werden«. Ich fühlte mich immer unwohl. Heute frage ich mich bei solchen Diskussionen immer: Kann man solch eine Meinung überhaupt ändern? Man kann. Genau deswegen ist es für mich wichtig, meine Stimme für die Demokratie zu erheben.«



Mirko Drotschmann, 39, ist als MrWissen2go bekannt. Millionen Menschen gucken seine YouTube-Videos, um sich über Politik und Geschichte zu informieren. Bei DEIN SPIEGEL erklärt er in »Wissen zum Mitnehmen« jeden Monat ein aktuelles Thema.

Eine Partei verbieten: Wie funktioniert das?

Sollte die AfD verboten werden? Darüber wird gerade viel diskutiert. Aber kann eine Partei in Deutschland überhaupt einfach so verboten werden?

In Deutschland gibt es eine ganze Menge Parteien. Dazu gehören größere wie die CDU oder die SPD, aber auch viele kleinere. Bei der Bundestagswahl 2025 waren zum Beispiel die Tierschutzpartei und die Piratenpartei dabei.

Dass es eine solche Vielzahl unterschiedliche Parteien in Deutschland gibt, liegt an unserem politischen System. Es ist so aufgebaut, dass nicht einzelne Personen allein Politik machen, sondern dass alle Wahlberechtigten mitentscheiden können, welche Parteien sie im Bundestag und in anderen Parlamenten vertreten. So soll erreicht werden, dass möglichst viele Menschen mit ihren Anliegen vertreten sind. Die Parteien schreiben vor jeder Bundestagswahl ein Programm, in dem sie erklären, wofür sie sich einsetzen wollen. So können die Wahlberechtigten sich darüber informieren, welche Partei die Ziele verfolgt, die ihnen wichtig erscheinen. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Einfluss hat sie im Bundestag. Parteien sind also so wichtig, dass sie nicht ohne Weiteres verboten werden können. Aus dem Grundgesetz ergibt sich: Nur dann, wenn eine Partei versucht, etwa die Demokratie in Deutschland zu zerstören, kann sie

verboten werden. Und das auch nicht einfach so: Zuerst muss sich das zuständige Gericht, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, mit dem Fall beschäftigen. Das passiert, wenn entweder die Bundesregierung, der Bundestag oder der Bundesrat dies

beim Verfassungsgericht beantragen. Die Richterinnen und Richter am Bundesverfassungsgericht schauen sich die Partei dann sehr genau an und sprechen auch mit Experten. Das alles ist extrem kompliziert und sehr aufwendig und kann Jahre dauern. Am Ende wird ein Urteil verkündet. In der Geschichte der Bundesrepublik kam es erst zweimal dazu, dass Parteien verboten wurden, nämlich in den 1950er-Jahren. Die Parteien SRP und KPD mussten sich sofort auflösen und durften sich auch nicht neu gründen.



Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts sind an ihren roten Roben zu erkennen.

Kann es wieder dazu kommen, dass in Deutschland eine Partei verboten wird? Theoretisch schon. Aber im Fall der AfD sind Fachleute sich uneins, ob die Vorwürfe ausreichen. Wenn nicht nachgewiesen werden könnte, dass die AfD die Demokratie zerstören oder abschaffen will, würde das Verbotungsverfahren scheitern. Deshalb ist es umstritten, ob ein Verbotungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt eine gute Idee ist.

